

Volkswacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Millimeter für sechs-tägige Anzeigen auf Schließen 0,70 M., auswärts 0,85 M., Einzelzeilen unter 100 2,50 M., auswärts 2,50 M., Stellenangebote, Familienanzeigen 0,35 M., Stellenangebote, Verträge, Verdingungen und Wohnungsangelegenheiten 0,30 M. Zu vorgenannten Preisen tritt ein Leerungszuschlag von 20% an. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Redaktion Jurastr. 4-6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postkassen-Konto: Postkassenamt Breslau Nr. 5832.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Redaktion: Jurastr. 4-6, durch die Zweigstellen: Marktstr. 23, bei Junge, die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 7 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Preis: 1,20 M., monatlich 3,60 M., vierteljährlich 10,80 M. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 12,00 M. (ohne Postgebühren) und ins Haus durch die Post monatlich 3,10 M., vierteljährlich 9,30 M.

Dr. Rosen — General Höfer.

Zwei neue Männer.

Das Deutsche Reich hat wieder einen Außenminister. Herr Dr. Rosen galt im alten Deutschland als eine Art Wunderkind, weil er es als Bürgerlicher schon damals um Diplomatien in verantwortlicher Stellung gebracht hatte. Er hat im Kriege bewiesen, daß er diese Laufbahn nicht etwa einer Stellungnahme verdankt, die seine bürgerliche Herkunft „entschuldigen“ sollte, hat sich vielmehr als nüchternen Mahner zur Verwirklichung in entscheidenden Stunden gezeigt. Man hofft in Berlin, in ihm anscheinend zugleich einen Mann mit der besten Tradition des diplomatischen Handwerks und einen ehrlichen Demokraten und Friedensfreund für das neue Reichsministerium gewonnen zu haben. Vielleicht hat nebenbei auch die Information noch etwas mitgespielt, daß Dr. Rosen auf seinem bisherigen Posten im Ausland das Personal der ihm unterstellten Gesandtschaften jedesmal gründlich neu „organisiert“ haben soll. In dieser Richtung findet er im Auswärtigen Amt Arbeit genug, wie ihm gerade aus Schlesien sehr deutlich gesagt werden muß. Es hat aber keinen Sinn, in dieser Frage mit einzelnen persönlichen Beschwerden zu kommen. Wir werden ihm unsere grundsätzlichen Forderungen an die Neuorganisation des auswärtigen Dienstes, wie sie an dieser Stelle Herr Dr. Simons vergeblich zu hören bekam, zu wiederholen haben. Im Augenblick erinnert uns die Lage Deutschlands aber an die ähnliche Situation, während der Korstantinade der deutschen Botschafter. Diese widersteht damals ein sozialdemokratischer Außenminister mit ruhiger Sicherheit ab. Aber die Reform des Auswärtigen Dienstes mußte auch er damals über den dringenden Forderungen des Tages aus der Hand geben, ohne daß sein beamteter Stellvertreter etwas anderes damit anzufangen wußte, als die Herabdrückung der Diplomaten in die subalternen Beamtenart der Konsuls und die Übertragung des im Außendienst ausgezeichneten Grundlages der Bildung kulturellogographischer Arbeitsbezirke in hemmender Wiederholung auch in der Organisation der Berliner Zentrale, die darüber die hier allein genügende sachliche Arbeitsleistung natürlich nicht aufgeben konnte und seitdem nach dem Urteil sachkundiger Kenner zum geistlosen Riesenfabrikbetrieb wurde.

Zunächst findet Herr Dr. Rosen, wie gesagt vermutlich kaum Zeit für diese Fragen, die nur auf lange Sicht hinaus gelöst werden können.

Die außenpolitischen Schwierigkeiten der oberschlesischen Frage werden ihm Kopfschmerzen genug machen können. Unsere Deutschnationalen stellen sich die Sache so vor, daß man durch den kleinen Lichtspalt, der durch das Abbrüden Englands von Frankreich entstanden ist, sich deutscherseits jetzt hindurchzwängen soll. Sie sehen nicht, daß in demselben Augenblick die Wand wieder geschlossen wird, und die deutsche Politik zwischen den Klüften, die sie selbst wieder zusammengezogen hätte, ersticken müßte. Dr. Rosen wird die Politik der Loyalität gegenüber der Entente, und der klaren Beachtung der Verantwortlichkeiten, die das Kabinett Wirth im Gegenjahre zu diesen plumpen Ratschlägen begonnen hat, forsetzen müssen.

Er sei gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß die letzte französische Note über Oberschlesien mindestens in ihrer Wirkung auf die deutsche Innenpolitik durch die etwas vorläufig ausgefallene deutsche Antwort noch nicht erledigt ist. Die Lieferanten und Bearbeiter des „Materials“ der französischen Regierung sind uns in Breslau, wenn wir nicht sehr irren, nicht ganz unbekannt. Sie haben schon mancherlei Herren gebietet und wissen aus diesen in verschiedenen Lagen gesammelten Erfahrungen ganz genau, warum sie zum Beispiel jetzt die Existenz eines Freikorps Aulod in Oberschlesien behaupten. Es ist ein kleiner Wink an die Breslauer Arbeiterschaft, die kommunistischen Freunde der Polen und Ententisten noch etwas kräftiger zu unterstützen. Zum Unglück der Herren interessieren aber wir uns für das Schicksal und den Aufenthalt des Herrn von Aulod regelmäßig genug, um zu versichern zu können, daß dieser Wink in der Note des Herrn Laurent uns nicht interessiert. Wir können nicht sagen, ob nicht einzelne ehemalige Aulodsoldaten als Freiwillige den oberschlesischen Selbstschutz denunzieren. Herr v. Aulod selber aber ist noch vor wenigen Tagen, nach Absendung der fran-

zösischen Note, nicht in Oberschlesien gewesen, und hat keine Gelegenheit gehabt, seine Bande wieder zu sammeln. Wir trauen manchen Elementen, die sich dem deutschen Selbstschutz angehängt haben, viel Knebel und Dummes zu. Daß sie den Franzosen den Gefallen täten, sich mit Herrn v. Aulod zu verbündern, um damit dann die ganze schlesische Arbeitererschaft gegen sich zu haben, hieße die Leitung des Selbstschutzes wirklich für ahnungslos halten.

Daß es eine einheitliche Leitung des Selbstschutzes der Oberschlesier jetzt gibt, wird man nach den üblichen Vorkommnissen, die einige der angeblichen Selbstschutzhelfer aus dem Reich verhandelt haben, nur bezweifeln können. Auch die Person des Führers des Selbstschutzes, des oberschlesischen Generals Höfer, scheint nicht schlecht gewählt zu sein. Parteigenossen, die im Kriege unter Höfer gebient haben, schildern ihn als einen Mann von großem persönlichen Mut, hart in den Anforderungen an seine Offiziere, verständnisvoll für seine alten Landwehr- und Landsturmeute. Daß sein erster Aufbruch eine Wahrung der Menschlichkeitspflicht ist, macht ebenfalls einen guten Eindruck. Bleibt die Tatsache, daß man überhaupt an diese auch politisch so verantwortliche Stelle aus den Kreisen der kämpfenden Oberschlesier gerade einen General gesetzt hat. Wir wissen, daß man in Oberschlesien aus den Kreisen des Selbstschutzes heraus zum Teil eine Doppelleitung durch einen General und einen Zivilkommissar wünschte. Aber wahrscheinlich hätte die Einsetzung eines besonderen politischen Kommissars des Selbstschutzes den Eindruck einer Annäherung politischer Rechte gemacht, während der militärische Führer sich völlig der politischen Hoheitsrechte der Interalliierten Kommission bewußt zeigt. Schließlich wird die Autorität dieses angesehenen hohen Frontsoldaten vielleicht auch das beste Mittel sein, um wildem Bandenwesen, wie es sich schon zu entwickeln schien, Einhalt zu gebieten und ein gewisses Maß von Zucht und Ordnung zu sichern.

General Höfer handelt im Auftrag der deutschen Oberschlesier, nicht des Deutschen Reiches. Er wird durch Weisungen aus Berlin oder aus Breslau in seinen Erklärungen nicht zu bestimmen sein, dies um so mehr, als Reichs- und Staatsregierung pflichtgemäß die Grenzschleife zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet noch schärfer werden ziehen müssen. Er wird aber darauf Rücksicht zu nehmen haben, daß er sich in einem Lande mit überwiegender Arbeiterbevölkerung befindet, wo jede reaktionäre Haltung seiner Leute, jede Monalität, die endgültigen politischen Entscheidungen Oberschlesien verschlechtern muß, die Stimmung eines wesentlichen Teils der leidenden Bevölkerung, die heute mehr wie in den Tagen der Abstimmung ihr Heil nur im deutschen Oberschlesien sieht, in neue verhängnisvolle Bahnen lenken könnte.

Außenminister Dr. Rosen.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag Dr. Rosen zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichszentraler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Dr. Rosen entstammt der Konsulatslaufbahn. Er steht seit 1889 im Dienst des Auswärtigen Amtes und war Vertreter des Deutschen Reiches in Beirut, Teheran und Jerusalem. Seit 1901 vortragender Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, wurde er 1905 mit einer Sondermission nach Abyssinien betraut. Nach seiner Rückkehr wurde er Gesandter in Tanger, auf der Konferenz in Algieras vertrat er die Interessen des Deutschen Reiches in der marokkanischen Frage. 1910 wurde er Gesandter in Bukarest. 1912 ging er in gleicher Eigenschaft nach Sissalon, wo er bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im März 1916 verblieb. Seitdem wirkte er als deutscher Gesandter im Haag.

Der erste „Kriegsverbrecher-Prozess“.

hat in Leipzig in Gegenwart einer englischen Kommission begonnen. Es handelt sich um Gefangenemittelhandlung an Engländern, die einem gewissen Heyner aus Bremen vorgeworfen wird. Wir berichten zusammenfassend nach Abschluß der Verhandlungen.

Marini bleibt.

Die Agenzia Stefani widerpricht der Nachricht, daß General de Marini aus Oppeln abberufen werden solle. General de Marini besitze das volle Vertrauen der Regierung und werde auf seinem Posten verbleiben.

Briand droht mit Vergeltungsmaßnahmen gegen deutsche Angriffe in D.-G.

Briand, der gestern abend vom Lande nach Paris zurückgekehrt ist, hatte, einer Meldung der Agence Havas zufolge, im Auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer, in der, wie die Agence Havas erklärt, Briand Dr. Mayer ersucht habe, die deutsche Regierung aufzufordern, auf jeglichen Versuch eines Angriffs in Oberschlesien zu verzichten, wenn sie sich nicht Vergeltungsmaßnahmen von Seiten der Alliierten aussetzen wolle. Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß dieser Schritt umso größere Bedeutung und größeres Gewicht habe, als er von einem ähnlichen Schritt in London bei dem deutschen Botschafter Sthamer unterstützt wurde. Später begab sich Briand in den Elysée-Palast, wo er mit Millerand beriet und der Minister morgen, wie üblich, tagen wird. Er wird sich jedenfalls mit der oberschlesischen Frage befassen, welche in der Kammerdebatte am Nachmittag besprochen werden wird. Nachdem das Thema von mehreren Rednern behandelt sein wird, wird Briand eine Erklärung abgeben, in der er wahrscheinlich die Tragweite des heute unternommenen Schrittes erläutern wird.

Die Pariser Meldungen aus Oberschlesien.

(Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.)

Die in den Pariser Blättern veröffentlichten Kommentare zu den Vorgängen in Oberschlesien lassen erkennen, daß zwischen dem Völkerrecht und der Besetzung des Ruhrgebietes gewisse Verbindungen bestehen. Die Meldungen, daß deutsche Freischaren in Oberschlesien den Kampf aufgenommen haben, bezeichnen die Montag-Abendzeitungen als eine Einleitung zu baldigen Entschcheidungen, zu denen der Ministerpräsident entschlossen sein soll. Bei der Präzisierung dieser Entschcheidungen spielt die Besetzung des Ruhrgebietes die Hauptrolle.

Der „Temps“ widmet einen großen Teil seiner Spalten „den deutschen Freikorps“, die am Sonnabend die Polen angegriffen haben sollen und aus Bayern, Württemberg und Niederschlesien, aus der Gegend von Pögnitz zusammengekehrt seien. In südlichen Oberschlesien seien 11 Plünderer vom Freikorps „Schwarzkopfen“ (?) gefangen genommen worden. Nur 3 von ihnen seien aus Oberschlesien gewesen, die übrigen waren nach den Ausführungen des „Temps“ Arbeitslose aus Berlin, Köln, Essen und anderen Orten, die von den „Vereinigten Verbänden heimatsstreuer Oberschlesier“ im Schloß Bellevue bei Berlin für 30 Mark Tagelohn und freie Verpflegung angeworben wurden. Weiter sagt der „Temps“, daß ihnen freie Eisenbahnfahrt bis Breslau gestattet wurde, und daß sie hier zu Verteilungen zusammengestellt worden seien. Die Waffenausgabe wäre im Freizeitlager von Brieg vorgenommen worden. Am 15. Mai, so sagt der „Temps“, haben diese Leute die oberschlesische Grenze überschritten.

Anschließend an die vorstehenden Meldungen des Pariser Regierungsblattes, die zweifellos aus polnischen Spitzelquellen stammen, schreibt das Blatt, daß es kein Wort gegen die Ehrlichkeit und den guten Willen des Kabinetts sagen wolle. Die jetzige Regierung verdiene Unterstützung und dieser Standpunkt würde sich nur dann ändern, wenn Herr Stresemann Minister des Auswärtigen würde. Aber es muß doch festgestellt werden, daß das Militär, die Eisenbahnerverwaltung und die Posten den Anordnungen des Kanaklers nicht gehorchen. (!) Die übrigen Blätter bringen ähnliche Kommentierungen zum Ausdruck.

Italienische Stimmen.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die italienische Presse beschäftigt sich auch weiterhin eingehend mit der oberschlesischen Frage. In einem Leitartikel der „Stampa“, die Giolitti untersteht, wird ausgeführt, daß das Interesse Italiens das Bestehen einer deutschen Großmacht zwischen dem heute übermächtigen Frankreich und dem morgen auferstehenden Rußland erfordere. Italien könne keine weitere Schwächung Deutschlands dulden und künftighin sei Italiens Platz auf der Seite von England, ohne gegebenenfalls gegen Frankreich Stellung darüber zu nehmen, ebenso wie der Widerstand gegen eine Schwächung Deutschlands nicht als deutschfreundliche Politik auszuliegen sei. Auch die übrigen italienischen führenden Blätter nehmen zu den augenblicklichen kritischen Fragen eingehend Stellung. Der „Secolo“ sagt zum Beispiel, daß Italien den augenblicklichen Konflikt Englands und Frankreichs zu vermitteln suchen möchte. Der offizielle „Tempo“ schreibt, Oberschlesien ist nach wie vor der Felsen, an dem Europas Frieden und die Entente scheitern können. Die Stellung, die Lloyd George dem Problem gegenüber übernommen hat, wirkt berartig, daß ein französisch-englischer Krieg nicht ausgeschlossen schien. (Ein Argument für die italienische Veröhnungsalaktion? Red.) Aber auf Grund der letzten Nachrichten hat er seine Auffassung geändert und keinen Standpunkt von letzter Woche aufgegeben, als er ganz Oberschlesien Deutschland überlassen und Deutschland zum Kriege gegen Polen ermächtigen wollte. Diese Forderung der englischen Auffassung kann bedeuten, daß bei der nächsten Konferenz Lloyd George auf der Seite Giorgias stehen wird, um die alten Interessen des Mittelmeerraums zu vertreten.

Deutsch-französischer Kornwechsel.

Der französische Botschafter hat am 19. Mai nachstehende Note dem Herrn Reichskanzler überreicht:

Berlin, 19. Mai 1921.

Herr Reichskanzler!

Eure Excellenz haben mir gestern von den Maßnahmen Kenntnis gegeben, die das Reichswehrministerium getroffen hat, um die Bildung von

Freikorps

zu verhindern und die das Reichswehrministerium verfügt hat, um jegliche Beförderung von Freiwilligen und Truppen nach Oberösterreich zu unterbinden.

Nach den mir zugegangenen Informationen sind diese Maßnahmen zu spät getroffen worden, um das Einbringen bedeutender bewaffneter Kontingente von außerhalb nach Oberösterreich zu verhindern. Die in der Gegend von Kapitz unter dem Befehl von Armin vereinigten Freikorps sollen mehr als 8000 Mann zählen. Gleichfalls wird die Anwesenheit der Freikorps von A. L. S. bei Oppeln und Schmidt bei Krappitz gemeldet. Die Gruppe Ratibor, die einen täglichen Bericht veröffentlicht, soll über 9000 Mann und mehrere Kanonen verfügen. Die erste Maßnahme, die diese Lage gebieterisch erfordert, ist die

strenge Abschließung der Grenze

zwischen dem deutschen Gebiet und dem Abstammungsgebiet durch die deutschen Behörden. Die polnische Regierung hat bereits einer derartigen, an sie gerichteten Aufforderung entsprochen.

In zweiter Linie wäre ich Eurer Excellenz verbunden, wenn Sie die zuständigen Behörden anweisen wollten, der Interalliierten Kommission die Aufgabe der

Lebensmittellieferung

zu erleichtern. Schließlich muß ich erneut darauf bestehen, daß die Reichsbank angeordnet wird, unverzüglich die zur Bezahlung der Arbeiter zühändigen Fonds nach Oberösterreich zu entsenden.

Nach den Angaben, welche die Legationsräte Richard Mayer und von Nolte gestern abend in der Botschaft gemacht haben, soll diese Sendung an die wirtschaftliche Bedingung geknüpft sein, daß die Kommission die vollständige Verantwortung für die Bewirtschaftung der Beförderung ihrerseits übernimmt, und daß die Zahlung auf gewisse Beträge beschränkt werde, die nach Ansicht der deutschen Vertreter der Kontrolle der Injurgenen entzogen sind. Dieser Antrag ist mit dem Sachverhalt und Geist des Vertrages unvereinbar, wonach die Regierungskommission als Vertreterin der alliierten Mächte die ausschließliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung trägt.

Unter diesen Umständen ist die deutsche Regierung gehalten, sich auf die Kommission zu verlassen,

die Beförderung und die Verteilung der Fonds nach ihrem Ermessen sicherzustellen. Würden die verfallenen Röhre weiterhin zurückgehalten werden, so würde sie sich schwerlich dem Vorwärtstreiben können, die allgemeine Wiederaufnahme der Arbeit unmöglich zu machen und die Anarchie zu verlängern, welche die Kommission zu unterdrücken bemüht ist. Zudem ist im Interesse meiner Regierung die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf diese verschiedenen Punkte lenken, welche ich nicht, daß Sie diese in dem vorliegenden Geiste prüfen werden, nach dem Ihre Politik getragen ist, und mit dem Wunsche, dazu beizutragen, daß ein Herz von Unruhen ausgeht, der dem allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist.

Gemeinigen Sie, Herr Reichskanzler, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(ges.) Charles Laurent.

Hierzu ist dem französischen Botschafter folgende Antwortnote beigefügt worden:

Herr Botschafter! Eure Excellenz haben mir in der Note Nr. 143 vom 19. d. Mts. die Auffassung der französischen Regierung über gewisse Oberösterreich betreffende Fragen übermittelt. Ich benutze jede Gelegenheit, um in Erörterungen mit den in Berlin beglaubigten Vertretern der beteiligten Regierungen die Möglichkeit zu erörtern, den Brandherd in Oberösterreich zu beseitigen, dessen Fortdauern, wie Eure Excellenz mit Recht ausführen, den allgemeinen Frieden auf das schwerste gefährden muß.

Eure Excellenz haben aus den Maßnahmen der deutschen Regierung ersahen, daß diese die Bildung von Freikorps auf deutschem Gebiet und den Uebertritt von nicht befreiten Deutschen in das befreite Gebiet nicht duldet.

Etwas ganz anderes ist der Selbstschutz.

den die an Leib, Leben und Eigentum aus höchster gefährdeter Bevölkerung Oberösterreichs in Ermangelung jeglicher Schutzes durch die französischen Truppen und in berechtigter Notwehr gegen polnische Injurgenen von sich aus zu bilden genötigt war. Auf

diesem aus dem Zusammenschluß der Bevölkerung hervorgegangenen Selbstschutz in einem Gebiet, das der Verwaltung der Interalliierten Kommission untersteht, hat die deutsche Regierung keinerlei Einfluß. Die deutsche Regierung hat über die bisher getroffenen bekannten Anordnungen hinaus aber Anweisungen erteilt, daß die zur Ueberwachung der Grenzlinie des befreiten Gebietes auf deutscher Seite vorhandenen Sicherheitsorgane wachsam verhalten werden.

Eure Excellenz erwähnen, die polnische Regierung habe der Aufforderung zur

Sperrung der Grenze

entsprochen. Demgegenüber habe ich die Ehre, festzustellen, daß eine Sperrung der polnischen Regierung vielleicht ergangen sein mag, daß die Grenze aber tatsächlich völlig offen steht und tagtäglich der Uebertritt von polnischen Soldaten sowie der Nachschub von Munition und Material jeder Art für die Injurgenen erfolgt. Aus der Menge des hierüber vorliegenden Materials erwähne ich nur einen Vorrat, der sich in den letzten Tagen ereignet hat:

In dem noch im Machtbereich der Interalliierten Kommission befindlichen Kreis Kreuzburg haben in der Nacht vom 19. auf den 20. Mai 250 bis 300 Polen die Grenze überschritten und den Ort Coltau ergriffen. Auch hier mußte der anwesende örtliche Selbstschutz eingreifen, um das Leben friedlicher oberösterreichischer Bürger zu schützen. Der Angriff konnte aber nur unter blutigen Verlusten abgelenkt werden, nachdem die eingebrachten Polen im Dorfe Coltau ein Gehöft in Brand gesetzt hatten.

In Uebereinstimmung mit Eurer Excellenz stelle ich mit Befriedigung fest, daß die Interalliierte Kommission für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Oberösterreich allein verantwortlich ist.

Die Anarchie,

von der in der Note die Rede ist, und die seit drei Wochen in Oberösterreich herrscht, steht allerdings zurzeit in schärfstem Widerspruch zu den Verhältnissen, unter denen der Präsident der Interalliierten Kommission die Verwaltung des künftigen Landes im Februar vorigen Jahres übernommen hat. Die Wiederherstellung der Ruhe ist auch nicht, wie es in der Note angedeutet ist, eine Frage der Wiederaufnahme der Arbeit; denn es handelt sich gar nicht um einen solchen wirtschaftlichen, sondern einzig und allein um einen solchen politischen Charakter. Der polnische Zustand bezweckt unter Verletzung der Bestimmungen des Friedensvertrages und unter Verhöhnung jeden moralischen Rechtsverhältnisses die Vergewaltigung des oberösterreichischen Volkes. Die Leiden, welche die unglücklichen Bewohner von den mit grausamem Raffinement vorgehenden Sünden zu erdulden haben, sind unbeschreiblich.

Aus der großen Anzahl von unerhörten Vorfällen sei hier nur an die vor wenigen Tagen durch die Polen erfolgte Mißhandlung der Ingenieure Runkler und Lebbe in der Friedenshütte erinnert, die in der Turnhalle über ein Pferd gesetzt und mit Peitschenhieben bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen, dann wiederholt durch Erschütterungen zum Bewußtsein gebracht und daraufhin weiter geschlagen worden sind, indem sie jetzt hoffnungslos darniederliegen.

Die deutsche Regierung ist ständig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die unbeschreibliche Qual der oberösterreichischen Bevölkerung zu lindern. Sie ist in Uebereinstimmung mit Eurer Excellenz grundsätzlich bereit und gewillt, in jeder praktischen Weise auch

durch Lebensmittel- und Geldsendungen die Lage zu erleichtern.

Es besteht jedoch nach der übereinstimmenden Ansicht aller Beteiligten und sogar der unmittelbar betroffenen Kreise in Oberösterreich die objektive Unmöglichkeit für die Gewähr, daß Gelder oder Lebensmittel tatsächlich in die Hände der wirklichen Empfänger gelangen und nicht dem Zugriff der Injurgenen unterliegen.

Der Präsident der Interalliierten Kommission verfügt wenige Kilometer hinter Oppeln über keinerlei Machtbefugnisse mehr

und ist nicht in der Lage, seine etwa gegebenen Garantien in die Tat umzusetzen. Auch die von ihm ausgestellten Bekheimungen haben bei den polnischen Injurgenen, die teilweise begannen, sich in unabhängige wilde Banden aufzulösen, keinerlei Geltung mehr.

Dies zeigte sich deutlich z. B. bei der Reise der von General de Rand nach Oppeln gegebenen Deputation der Arbeitervertreter aus Kattowitz. Trotz der Bemühungen des französischen Kreisinspektors Majors Saleron, wurde hier die Abreise von den Polen gänzlich überhoben nicht gelassen. Die daraufhin von Major Saleron vom polnischen Hauptquartier persönlich erbetenen schriftlichen Zusätze wurden auf der Fahrt von den polnischen Wachen ebenfalls nicht anerkannt, jedoch die Deputation wieder zurückhalten mußte. Auch der schließlich von dem polnischen Kreisinspektör Gornitz in Kattowitz in polnischer Sprache unterzeichnete Ausweis genügt nur bis zu den ersten Postenstellen von Mitalitzsch. Von dort mußte sich die Deputation durch

Wachmann die Hände vor Verwunderung zusammen schlagen konnte. Ich bin schon an des jungen Mannes Hals, an seinen Lippen. Nein, ich kann nicht über das Meer, rief sie, ich will bleiben; ich will alles tun, was Du willst, will diese Freiheit eines Glaubens von mir werden, der mich hindert, meinem kranken Gefährten zu folgen; Du bist mein Vaterland, meine Familie, mein alles; ich bleibe!

„Ja, meine Tochter!“ rief der junge Mann, indem er sie mit warmem Entzücken an sein Herz drückte. „Mein, mein auf immer? Ein Gott hat Dein Herz geschenkt, o, ich wäre untergegangen unter der Qual dieser Trennung.“ Sie hielt sich nach umschlingend, als der alte Herr mit häßlichen Schritten über den Hof und das Beet trat und zu der Gruppe trat: „Kinder“, sagte er, einmal blüht es zu stehen wäre genug geworden; keine Tochter, es ist ja doch ja nicht, sie werden gleich zum dritten Male scheitern.

„Läßt Sie mit Stiefeln gehen, Don Pedro“, rief der junge Mann mit freudig verklärten Zügen, „Sie bleibt hier, Sie bleibt bei mir.“

„Was höre ich?“ erwiderte jener sehr ernst. „Ich will nicht hoffen, daß dies so ist, wie der Cavalier sagt; Du wirst Deinem Bewandnis folgen, Tochter!“

„Nein!“ rief sie mutig, „als ich dort oben auf dem Rand der Schlampe stand und hinaus sah auf diese Hügel, die mich von ihm trennen sollten, da stand ich mir, was ich zu tun habe; meine Mutter hat mir den Weg gezeigt; sie ist einst dem Mann ihres Herzens in die weite Welt gelangt, hat Vater und Mutter verlassen aus Liebe; ich weiß, was auch ich zu tun habe; hier steht der, dem meine arme Mutter ihre letzten süßen Stunden, das ich Leben, Ehre, alles verdankte, und ich sollte ihn verlassen? Gräbet die Gräber meiner Ahnen in Valencia, Don Pedro, und laßt ihn, daß es noch eine aus dem Stamm der Lorische gibt, der die Liebe lieber gibt, als das Leben!“

Don Pedro wurde weich. „So folge Deinem Herzen, nicht leicht endet es. Dir besser als ein alter Mann; ich weiß Dich zum mindesten glücklich in den Armen dieses edlen Mann, und kein halber Stroh hängt mir daran, daß ich andere Ehre nicht wieder hoch als die deine gilt. Aber Don Pedro, was werden Sie zu Ihren neuen Bewandnis sagen, wenn Sie dieses Kind des Meeres verlassen? Gott! Werden Sie auch den Mut haben, den Spott der Welt zu ertragen?“

„Ja, wohl, Don Pedro“, sagte der junge Mann mit mutigen Gesicht, „indem er lehren die eise Hand zum Köhler und mit der anderen die Geliebte umschlang; leid getroffen und verzagt nicht an mir. Ich werde für die Welt stehen und wenn man mich fragt: Wer war sie denn? So werde ich mit freudigem Stolz antworten: Es war die Bettlerin vom Pont des Arts.“

(Schluß)

Verhandlungen von Ort zu Ort in polnischer Begleitung bis kurz vor Oppeln durchzuführen.

Ein weiteres Beispiel für die völlige Ohnmacht der Interalliierten Kommission und ihrer Organe ist das am 14. d. Mts. durch die polnischen Injurgenen erfolgte Anhalten des Rheinischer Transportzuges von etwa 700 Flüchtlingen, obgleich diesem Zuge freies Geleit seitens des polnischen Befehlshabers schriftlich zugesagt war, und obgleich der Zug unter militärischer Bedeckung von drei alliierten Offizieren und 60 französischen Soldaten fuhr. Bis auf die Frauen, Kinder und älteren Männer wurden alle Flüchtlinge verschleppt und vier Personen unterwegs im Walde bei Tarnowitz nach vorheriger schwerer Mißhandlung ohne irgendeine Veranlassung erschossen, darunter der 14jährige Gymnasiast Haase aus Kattowitz.

Den Ausführungen dieser Note wird Eure Excellenz entnehmen, daß die deutsche Regierung alles zur Beseitigung der Lage in Oberösterreich zu tun bereit ist, soweit die tatsächlichen Verhältnisse es nicht unmöglich machen.

Die deutsche Regierung will die Hoffnung nicht aufgeben,

daß es den Bemühungen der Interalliierten Kommission gelingen werde, endlich Mittel und Wege zu finden, die ordnungsmäßige Gewalt in Oberösterreich wiederherzustellen und die Bevölkerung von dem Joch der polnischen Injurgenen zu befreien.

Ich benutze auch diesen Anlaß, um Ihnen, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern. gez. Dr. W. L. F.

Franzosen als Parlamentäre der Polen.

Polnische Mißhandlungen.

Infolge der Absperrung des oberösterreichischen Industriegebietes von der Außenwelt erhält die deutsche Öffentlichkeit erst jetzt Kunde von einem Telegramm, das die deutschen Parliamente und Gewerkschaften Oberösterreichs am 20. Mai an die Interalliierte Regierungs- und Hilfskommission in Oppeln zu Händen des Herrn General de Mond, des Generals de Marini und des Obersten Percival gerichtet haben und das folgenden Wortlaut hat:

„Der französische Kreisinspektör von Kattowitz hat am 21. Mai einer Vertretung der Bürgerchaft gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß bei einer Besetzung von Kattowitz durch die Injurgenen die außerordentlichen Verkehrs- und Versorgungsschwierigkeiten gehoben werden würden. Ebenso hat sich der französische Vertreter bei der Eisenbahndirektion Kattowitz, Herr Coquet, am 19. Mai gegenüber einem Vertreter des Magistrats Kattowitz geäußert. Schon am 17. Mai hat der Stadtrat Komité von der polnischen Partei in Kattowitz Vertreter der Kattowitzer Kaufmannschaft zu bestimmen versucht, den Wunsch nach der Befreiung der Stadt durch polnische Injurgenen zu äußern.“

Wir bringen der Interalliierten Kommission das Verhalten ihrer Vertreter zur Kenntnis, damit sie verhindert, daß ihre örtlichen Organe die Bestrebungen der Rebellen irgendwie fördern. Am 19. Mai wurde der Arbeiter Bulla auf Schloß Kattowitz von drei bewaffneten Injurgenen aus seiner Wohnung herausgeholt, nach der Ferdinandstraße geschleppt und dort auf das schwerste mißhandelt. Hierauf wurde die Ehefrau des Bulla, eine Frau von 44 Jahren, Mutter von sechs Kindern, von den Injurgenen aus dem Hause geschleppt. Sie wurde gezwungen, sich auf den Erdboden zu legen und hierauf von zwei Injurgenen auf den nackten Körper geschlagen. Die Verwundung ist unter den Augen der französischen Wache erfolgt, die vor dem Hofstore des von den Injurgenen besetzten Hauses postiert ist.

Am 19. Mai wurde der Arbeiter Dombeck, 49 Jahre alt, trotz eines von polnischen Hilfskommissariats in Kattowitz ausgesetzten Passierscheines in Bogutisch, Kreis Kattowitz, festgenommen, nach der Wache gebracht und dort auf eine Bank gelegt und von etwa zehn Mann mit Gummiknüppeln schwer mißhandelt. Er wurde seiner Papiere und seines Geldes beraubt.

Wir wissen, daß unsere Hilfserne an die Interalliierte Kommission ungehört verfallen, aber wir stellen diese Tatsachen fest, um damit die Zustände zu zeigen, denen die Interalliierte Kommission tatenlos gegenübersteht.“

Gründung der Arbeiterjugend- Internationale.

Nach vorbereitenden Besprechungen in Kiel und Hamburg wurde am 12./13. Mai 1921 in Amsterdam die Arbeiterjugend-Internationale gegründet. Angehört sind ihr die Arbeiterjugend-Organisationen von Holland, Schweden, Dänemark, Deutschland, Belgien und eine französische Gruppe. Sie hatten sämtlich Vertreter entsandt, und zwar Holland: Bogob, Borck, Northoven, Schweden: Lindström, und Hooberg; Dänemark: Christensen und Korgaard; Belgien: Hoogard, Frankreich: Mailand und Barbe, Deutschland: Albrecht, Käßiger und Weimann. Von der holländischen Parteiorganisation war Genosse Witegen von der holländischen Gewerkschaftszentrale Genosse Stenhus erschienen.

Die Konferenz beschloß, ein Manifest an die arbeitende Jugend aller Länder zu richten. Sein Wortlaut wurde von einer Kommission ausgearbeitet und durch die Kommission einstimmig genehmigt. Ebenso einstimmig erfolgte die Annahme der Satzungen für die neue Jugend-Internationale, einer Prinzipien-Erklärung, sowie eines internationalen Erziehungs- und Schulungsprogramms für die arbeitende Jugend. Zum Kampf gegen den Militarismus lagen zwei Entschlüsse vor, — von holländischer und belgischer Seite — die sich gegenseitig ergänzten, und nach eingehender Aussprache angenommen wurden.

Zum Vorsitzenden der Arbeiterjugend-Internationale wählte die Konferenz einstimmig den bisherigen provisorischen Vorsitzenden, Genossen Bogob Holland. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, den Sitz des Büros von Holland nach Deutschland zu verlegen, vorausgesetzt daß der Hauptort und des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands sich hiermit einverstanden erklärt. Der Geschäftsleiter und Kassierer des Büros sollen dann von der deutschen Organisation gestellt werden. Beschlossen wurde ferner, den ersten Internationalen Jugendtag mit dem Reichsjugendtag der Deutschen Arbeiterjugend in Bielefeld Ende Juli zu verbinden.

Nachstehend der Wortlaut des

Manifestes an die arbeitende Jugend aller Länder!

Der Wahnsinn des Weltkrieges hat unserer Seele ein Brandmal aufgedrückt. Die Jugend Europas ist verblüht auf den Schlachtfeldern. Mit Trauer und Zorn denken wir an die unglücklich gefallenen Kameraden, in deren Geist und Herzen ungeahnte Schätze an Kenntnissen, Weisheit und Schönheit ruhen. Krieg dem Kriege! Mit Begeisterung begrüßt die Arbeiterjugend-Internationale die wachsende Macht der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Militarismus. Die Arbeiterjugend-Internationale betrachtet es als ihre erste Aufgabe, den Kriegsgeldhorden zu bekämpfen, geschloffen aufzutreten gegen jegliche Form des Chauvinismus, indem sie die internationalen Geschäfte der Kameradschaft und Solidarität fest und pflegt. Durch Aufklärung und Propaganda wird sie den Willen der Jugend stärken für die Stunde, in der die Internationale der Arbeiterorganisationen an ihr Gefühl für Menschlichkeit und Recht appellieren wird.

Unerschütterlich steht in den kampfproben sozialistischen Arbeitermassen aller Länder der Kampf an eine schönere Welt, an eine neue bessere Zeit. Wir Jugendlichen wollen mit großer Freude und Dankbarkeit anerkennen, was die Organisationen unserer älteren Kameraden als die mächtigsten Pioniere der neuen Zeit geleistet haben und wir setzen uns danach, mit ihnen an der

Die Bettlerin vom Pont des Arts.

Novelle von Wilhelm Hauff.

35]

Sie ging schwankenden Schrittes, auf den Arm des jungen Mannes gestützt; ein Hüßchen mit wallenden Straußfedern; ein wallendes Kleid von schwerem schwarzem Seidenzeug um Hals und Hüften reiche Goldketten, schienen nicht zur Reize zu passen, und man konnte daher glauben, daß sie der jungen Mann an Bord begleite; hinter beiden ging ein Diener in bunten Kleidern; er trug einen großen Sonnenschirm unter dem Arm und hatte ein spanisches Kreuz über seiner dunkeln Haar gezogen.

Als sie so weit herabgekommen waren, wo der Sand von der vorigen Jahr noch feucht war, an die Stelle, wo man das breite junge Paar sah nach dem Schiff, dann laß sie sich an und die Dame legte ihr Haupt auf die Schulter des Mannes, daß die Strammriemen um sein Gesicht spielten und seine stillen Tränen den Augen der Reugierigen verbargen. Der alte Herr stand nicht weit davon, wachte sich, hinter auf die See blickend, tief in seinen Mantel, und sein Auge blinzelte, man wachte nicht ob von einer Träne oder dem Niedersehen der stehenden Welt. Jetzt kam die Schlampe näher und aus ihrer das Wort wurde ausgesprochen, und ein donnernder Schuß vom Schiffe schrak das Paar aus seiner Umarmung.

Der alte Herr trat heran, bot dem jungen Mann die Hand, häßliche sie kräftig und ließ dann schnell über das Brett, sein Diener folgte, nachdem auch er dem Jüngling herzlich die Hand geboten. Jetzt erwarteten sich die jungen Leute noch einmal, er wandte sich zuerst los und führte die Dame nach dem Brett. „Auf immer!“ flüsterte sie mit wehmütigen Achseln. „Auf immer!“ antwortete der junge Mann, indem er sie lebend, mit Tränen ansetzte, nach einem Händedruck und sie wandte sich, das Brett hinanzuhängen.

Der Rand der eben, der Oberbootsmann, ein breiter Gesichts, warf sie an Bord, Kräfte seine letzte Hand aus, um die kleine Dame zu empfangen, und hatte schon einige gutgemeinte Worte in Bereitschaft. Da wandte sie sich dem unheimlichen Blick der dunkeln Mäße nach einem kurzen nach dem jungen Mann. Das hohe herrliche Gesicht schwebte über auf dem hohen Bord, die Hüßchen, das war noch dem Rand zugehörig, die Hüßchen, jedoch des dunkeln Schirms hinter zu greifen. Er wachte die Arme aus, in seinen Armen wandte sie die Schritte der Liebe mit dem Schmerz der Trennung. Da schien sie über sich nicht mehr wach zu sein; sie sprang über das Brett und ließ sich das Rand, und ehe der

Verwirklichung der hohen Ideale des Sozialismus arbeiten zu können. Was sie in einem bitteren Kampfe erobert haben, das haben sie errungen für uns.

Wir bedauern es tief, daß durch das Auftreten der sogenannten kommunistischen, unter der für freie Menschen und unbaren Diktatur der Moskauer Internationale stehenden Arbeitergruppen die Einheitsfront der Arbeiter zerbrochen wurde. Die Arbeiter-Jugend-Internationale nimmt scharf Stellung gegenüber der kommunistischen Jugend-Internationale, welches als einseitiges politisches Organ nicht die Ziele der Jugend, sondern ausschließlich die politischen Ziele der russischen Kommunisten verfolgen muß. Nicht auf falschen Kommunismus wollen wir bauen, sondern auf den Sozialismus. Die Arbeiter-Jugend-Internationale ruft die arbeitende Jugend der ganzen Welt auf, sich unter ihr Banner zu scharen und gleichzeitig die Front sowohl gegen die kapitalistische Diktatur als gegen den bolschewistischen Terror zu ziehen. Wir fordern: Raum für die Jugend! Wir wollen damit nicht sagen, daß wir Schiedsrichter sein wollen in den tatsächlichen Fragen, welche in den Organisationen der Erwachsenen zum Austrag gebracht werden sollen. Raum für die Jugend! — das heißt für uns: freie Bahn für die körperliche, geistige und sittliche Bildung der Jugend im Sinne des Sozialismus, mehr und besseren Unterricht, ausgebildeten und zielgerichteten Arbeiterklub für Jugendliche. — Gegenüber der Selbstsucht der kapitalistischen Gesellschaft, wo jeder nur sich selbst und dem eigenen Genuß lebt, stellt die U.S.J. das Ideal auf einer Gemeinschaft, wo Treue und Kameradschaft, Gemeinnut und Solidarität die höchsten Gebote sind. — In der Organisation schon jetzt diese Ideale zu verwirklichen, ist das hohe Ziel unseres Strebens.

Raum für die Jugend!

Vorwärts, dem Licht des neuen Tages, dem Sozialismus entgegen!

Hoch die Arbeiter-Jugend-Internationale!

Sverges Sozialdemokratischer Jugendbund (Schweden).

Danmarks Sozialdemokratiske Ungdom (Dänemark).

Centrale van Arbeidersjeugdverenigingen (Holland).

Federation des Jeunes Gardes Socialistes en France (Frankreich).

Federation des Jeunes Gardes Socialistes de Belgique (Belgien).

Verband der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands.

Der internationale Gewerkschaftsbund über Oberschlesien.

Der Vorstand des internationalen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sonnabend-Sitzung in Amsterdam zu dem polnischen Aufstand in Oberschlesien und zu den vorgekommenen feindseligen Handlungen zwischen deutschen und polnischen Arbeitern Stellung genommen. Wie der Sekretär Dubogest mitteilte, haben sich die von den deutschen Gewerkschaften eingereichten Beschwerden über den polnischen Terror so sehr gehäuft, daß das Büro sich entschloß, die Zentralkommission der polnischen Gewerkschaftsverbände in Warschau und eine Kommission aus Oberschlesien zu der Vorstands-Sitzung zuzuschicken. Die ober-schlesische Kommission konnte jedoch nicht nach Amsterdam kommen, weil, wie Reipart namens des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Sitzung mitteilte, infolge der polnischen Besetzung keine Verbindung mit den Genossen in Oberschlesien herzustellen war. Reipart erhob scharfe Beschwerden über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begründung durch die französische Besetzung, aber auch über die polnischen Gewerkschaften in Oberschlesien, die schon in einem Rundschreiben vom 22. März gegen alle deutschen und polnischen Arbeiter, die bei der Abstimmung am 20. März für Deutschland votiert hatten, die Drohung richteten, daß „diese Renegaten damit ihr eigenes wirtschaftliches Todesurteil gesprochen hätten“. Das sollte heißen, wie es weiter in dem Rundschreiben auch offen ausgesprochen war, daß man ihre weitere Beschäftigung im ober-schlesischen Industriegebiet nicht zulassen werde. Der Vertreter der Gewerkschaften Polens, Jula wsky aus Warschau, bezeichnete die polnische Organisation, die dieses Rundschreiben erlassen hat, als eine gelbe und nationalistische Gewerkschaft. Er bedauerte die vorgekommenen Gewalttätigkeiten und hielt den ganzen Aufstand für überflüssig und daher zwecklos, schrie es aber ab, die beteiligten Leute schon zu verdammen, weil man sie erst hören müsse. Weiter behauptet der Vertreter Polens, daß auch die deutschen Arbeiter nicht schuldlos seien, sondern daß auch ihnen Gewalttätigkeiten gegen polnische Arbeiter nachgewiesen werden könnten. So war seine Rede, wie der Vertreter Deutschlands in seiner Erwiderung feststellte, im Grunde genommen doch nur eine Verteidigung des polnischen Aufstandes. Auch Dubogest meinte deshalb am Schlusse der mehrtägigen Aussprache, er hätte gewünscht, daß Zulawsky weniger nationalistisch gesprochen hätte. Das Ergebnis der Beratung war, daß der internationale Gewerkschaftsbund eine aus Rouhaux, Paris, Williams-London und Himmelen-Amsterdam bestehende Untersuchungskommission baldmöglichst nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern die nötigen Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Ein Aufruf des Selbstschutzes

Der ober-schlesische Selbstschutz hat sich, nachdem er zunächst in den einzelnen Kreisen isoliert vorging, jetzt einen Leiter gewählt und zwar den Generalmajor a. D. Höfer, einen geborenen Oberschlesier.

Dieser hat an die ober-schlesischen Landeskute folgenden Aufruf gerichtet:

Landeskute! Kameraden! Dem Rotschrei der Heimat bin ich besorgt. Meine Liebe zur Heimat und Euer Vertrauen zu mir berechtigt mich, zu Euch zu reden. In heiligem Zorn habt Ihr Euch gegen polnische Willkür und Herrschaft zur Wehr gesetzt. Die Erbitterung über das maßlose Leid, in das Aertant's Banden Eure Brüder und Schwestern gestürzt haben, treibt Euch zum Aufruhr. Ihr habt erkannt, daß das Leben nicht der Güter höchstes ist. Ihr kämpft nicht nur für Euer Leben, Ihr kämpft für Eure Heimat, um die Zukunft Eurer Kinder, um deutsche Ehre und deutsches Recht. Schutlos ist heute ein großer Teil unseres Landes polnischer Willkür preisgegeben. Die Internationalisierte Kommission hat nicht die Macht, sich gegen Korjant's wohl vorbereitete Rebellionen durchzusetzen. Wir wollen nicht dem Zustand der Gewalt, den Korjant geschaffen hat, einen anderen Zustand der Gewalt nach unserem Willen entgegenstellen. Wir kämpfen in berechtigter Notwehr. Wir wollen nur die Wiederherstellung des Rechts, die Wiederherstellung der erlittener Autorität der Internationalisierten Kommission, die Wiederherstellung des Friedens, den er, Korjant, unserem ober-schlesischen Volke geraubt hat.

Unser gutes Recht war allezeit Nichtsnut unseres Handelns und soll es bleiben. Lange haben wir die schandliche Verachtung der Internationalisierten Kommission und unseres Rechts durch die Rebellen mit ansehen. Auch die größte Geduld und Befonnenheit hat ihre Grenzen. Wenn wir heute, zum Sprung bereit, nach an uns halten, so geschieht es nur im Vertrauen auf den Gerechtigkeitsgott der Welt und in der Hoffnung, daß in wenigen Tagen im Rats der Internationalisierten Rechte die erlösende Entscheidung darüber fallen wird, wie der Autorität der Internationalisierten Kommission und dem Recht in Oberschlesien Geltung verschafft werden soll.

Landeskute! Kameraden!

Wir kämpfen nicht mit Gewalt, wir kämpfen mit Recht und Disziplin. Laßt Euch durch keine polnische Gewalt zu Vergeltungsmahnahmen hinreißen. Ehret das Eigentum eines jeden, sei

er polnisch oder deutsch gestirmt! Zeigt Euch würdig des deutschen Namens und Eurer guten und gerechten Sache. Keiner von Euch laßt die Heimat mehr als ich. Ihr kennt mich, vertraut mir. Ich lehne wie Ihr den Augenblick herbei, wo wir zur Errettung unserer Brüder und Schwestern vorwärts stürmen können. Dann werbet Ihr mich wie einst in Deutschlands schweren Tagen wieder an Eurer Spitze sehen.

Und Ihr dort drüben, die Ihr unter der Willkür der Rebellen schmachtet, harret dieses Tages, der Euch die Befreiung bringen wird. Wir kennen Euren Schmerz, wie ich Euren Tränen, vertraut darauf, daß das Vaterland Euch nicht verläßt! Höfer.

14. Verbandstag des Freieuregehilfenverbandes.

Der Verband nimmt zu seinem während dieser Woche in Breslau tagenden Verbandstage außer zu den Verwaltungsausschüssen und inneren organisatorischen Fragen Stellung zu den neuen Sozialgesetzen, den Aufgaben der Betriebsräte und Betriebsämter im Gewerbe, zur Durchführung der Sonntagsruhe und zum Lehrlingswesen, in dem immer noch die vom Verband seit Jahrzehnten bekämpften Lehrlingskassiererei vorherrscht. Den nach Beendigung des Krieges ausgebreiteten unerbittlichen Lohnverhältnissen ging der Verband in der Nachkriegszeit in einer Anzahl von Lohnbewegungen und Streiks zu Leibe, bei denen sich ein Tarifwesen herausbildete, das im Vorstandsbericht eine eingehende Behandlung findet und das sehr der Weiterpflege bedarf. Die Forderung der noch verletzten Berufsverhältnisse war sehr schwierig sowohl durch die organisatorische Zerstückelung der Selbständigen im Gewerbe, von deren Organisationen praktischen Wert nur die wenigen gut geleiteten Zwangsvereinigungen haben, wie durch die mangelnde Organisierung der Gehilfen und Gehilfinnen im Gewerbe. Besonders auch der Gewinnung der letzteren gilt es, alle Anstrengungen im Verband zu machen. Eine Selektion der Schäden und eine Gesundung des Berufs kann nur das Werk einer organisierten Kollegenschaft beider Geschlechter sein. Ein starker Anlauf dazu ist seit dem letzten Verbandstag 1918 gemacht. Die Verbandsmitgliederzahl stieg von 1375 (am 1. Januar 1919) auf 12.147 (am 1. Juli 1920), fast um da an etwas, bis auf 10.078 (8579 männliche, 1497 weibliche) am 1. Januar 1921. Mögen die Arbeiten des Verbandstages die Erkenntnis, daß die dauernde gewerkschaftliche Organisation unerlässliche Notwendigkeit ist, unter der Arbeitnehmerschaft des Freieuregewerbes kräftig weiter verbreiten helfen. Wie werden über die Verhandlungen nach Schluß zusammenfassend berichten.

Aus aller Welt.

Im 20. Jahrhundert!

Nicht mehr zu überlebende Dummheit. In München in Nippenheim hat ein Massenwahnsinn einen großen Teil der Einwohner dieser Gegend ergriffen. Durch Träume eines Blinden aus dem Dorfe Jablonen hat sich das Gerücht verbreitet, daß sich im Gebiet der Goldenen Röhre, die in der Gegend von Nippenheim liegt, eine vor 2000 Jahren verschwundene Stadt befinde, die durch Teufelsbeschwörung der Einwohner von Nippenheim aus ihrem Schlafe befreit werden könne und die Betenden mit Goldschätzen überhäufen werde. Aus diesem Anlaß strömen seit einigen Wochen allnächtlich aus der nähen und weiten Umgebung Tausende von Wäurern und Bewohnern der anderen Provinzgebiete her zusammen, um die goldene Stadt aus ihrem Schlafe zu erwecken. Alle Berufsstände, Konfessionen usw. erscheinen zu diesen Teufelsbeschwörungen auf den Goldenen Bergen.

Wenn man diese Nachricht liest, dann möchte man tatsächlich an der Menschheit verzweifeln. Aus solcher ungläubigen Dummheit heraus handeln heute noch die Menschen. Das erklärt vieles, beweist aber nur, daß der groteske Vorgang nicht nur unbändige Selbsterkenntnis darstellt, sondern auch den Willen — trotz alledem — fähigen muß, die Vertreter aus dem Sumpfe ihrer grauenhaften Dummheit zu befreien.

Die wilden Tiere beim Jazz-Konzert. Einen überraschend guten Musikgeschmack zeigten die wilden Tiere des New Yorker Zoologischen Gartens bei einem Versuch, den Professor der Universität Columbia jüngst anzustellen. Die Gelehrten veranstalteten nämlich, um die Tierpsychologie zu studieren, ein Jazz-Konzert: für die Affen, die Eisbären, die Wölfe, Löwen und Tiger des Zoo und beobachteten auf das genaueste die Wirkung, die diese in unierer Tierwelt so außerordentlich heftige Musik auf die Gemüter der Tiere hervorrief. Über die gefangenen „Kinder der Wildnis“, haben augenblicklich einen anderen Gesichtsausdruck als das moderne Publikum. „Die Affen“, so besagt eine Schilderung des „New York Herald“, „singen zwar sofort an „Shimmy“ zu tanzen, aber nicht aus Wohlgefallen über die Klänge des Orchesters, sondern um dadurch ihre Bute zu bezeichnen. Die Löwen, Tiger und Wölfe äußerten durch große Unruhe, starkes Brüllen und Jauchzen ihre Entrüstung über den Jazz. Die Aufregung der Tiere steigerte sich derart, daß das Konzert abgebrochen werden mußte, bevor noch die erste Hälfte des Programms zu Ende war. Die Affen tanzten so wild den Shimmy und ließen so gellende Schreie aus, daß man die Musik nicht mehr hören konnte. Der moderne Tanz dürfte aus dem Benehmen der Affen wertvolle Anregungen gewinnen, die man in der nächsten Saison in den Ballhallen von New York verpflanzen wird.

Der zoologische Garten der amerikanischen Filmfabriken.

Man weiß, welche große Rolle die wilden Tiere in den amerikanischen Filmen spielen. Es gibt denn auch in den Vereinigten Staaten keine bedeutende Filmgesellschaft, die nicht ihre eigene Menagerie hätte. An der Spitze steht dabei eine Gesellschaft, die in Kalifornien einen zoologischen Garten von 1800 Hektar Ausdehnung mit einem vollständigen Tierpark angelegt hat. Man sieht hier so ziemlich alle auf der Welt existierenden Tierarten vertreten, und eine große Zahl erfahrener Jäger ist mit der Aufgabe betraut, in Afrika, im fernsten Osten und in den Polarländern Tiere einzufangen. Geld spielt dabei gar keine Rolle. Die Tiere sind in der ihrer Art entsprechenden Umgebung untergebracht, die auf künstlichem Wege geschaffen wurde. Der Tierpark der seitensgleichen in der Welt nicht existiert, hat fabelhafte Summen gekostet und bedarf zu seiner Unterhaltung des Aufgebots einer riesigen Zahl Menschen. In Brooklyn hat ein französischer Regisseur namens Paul Bourgeois für die Zwecke des Films eine kinematographische Schule für wilde Tiere eingerichtet. Er beginnt den Unterricht damit, daß er allmählich im Käfig Platz nimmt. Dann geht er daran, sich seinem Schüler in verlebendiger Gestalt zu zeigen, indem er die Kleider wechselt und mit der Zigarre im Munde vor ihm auf und ab geht. Die wilden Tiere gewöhnen sich, wie er erzählt, sehr rasch an den Menschen. Um sie zutraulicher zu machen, reicht er ihnen das Fleisch auf seinem eigenen Teller und läßt sie aus seinem Trinkgefäß trinken. Am den Löwen daran zu gemöhnen, keinen Blick am Fenster zu verpassen, löst er ihn durch Vorhalten eines Hühners von der Stelle, wonach er ihn fortzuden will. Mit diesen Mitteln hat es Bourgeois erreicht, seine Löwen und Leoparden im Glashaufe jede Pose einnehmen zu lassen, die der aufzunehmende Operateur wünscht.

Byzantinisches Heiligtum. Im Verlaufe „Sozial-Anzeiger“ finden wir folgende Annonce:

Wichtig. Mr. Semmler, Tschentusch der Kaiserin Kugulle Wilkoria zu verkaufen. Offerten unter „S. Gw. 155“ neben Halle d. St. Wladimirstraße 142. Das Inserat ist selber nicht, ob das Tschentusch auch noch Spuren der allerhöchsten Benutzung aufweist. Dadurch könnte es noch vielfach an Wert gewinnen — wenigstens bei der Gemütsheilung gewisser Romanisten.

Aus der Provinz Schlesien.

Teilstreit der Waldenburger Bergarbeiter.

Im niederschlesischen Kohlenbergbaubereich der Waldenburger Gebirge ist wegen Lohnfremdtigkeiten, die seit Monaten schweben, ein Streit der Bergarbeiter ausgebrochen. Am Montag vormittag sind die Belegschaften der Gruben Nieder-Hennsdorf, Glücksligrube und Gottesbergergrube in den Streit getreten. Die Hüttensteiner Gruben werden voraussichtlich Nachmittags ebenfalls stillgelegt.

Wie wir erfahren, hat Oberpräsident Zimmerer sofort den Arbeitgebern und Arbeitnehmern seine Vermittlung für neue beschleunigte Ausgleichsverhandlungen angeboten.

Die Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes bedauert, daß durch diesen Teilstreit eine einheitliche Aktion in Frage gestellt wird. Zur Zeit lassen sich die Verhältnisse noch nicht übersehen.

Eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute im Bergbau hatte am Sonnabend den vom Schiedsgericht einstimmig gefällten Schiedspruch nach langer Aussprache mit 96 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Eine Urabstimmung, die spätestens bis Donnerstag stattfinden soll, und in der die Belegschaften zu entscheiden haben, ob der Schiedspruch angenommen oder abgelehnt wird, wurde als notwendig erachtet.

Einmalige Abfindung für solche Kriegsbeschädigte die 10 Prozent Rente beziehen.

Auf Grund des neuen Reichsversorgungsgesetzes erhalten, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten mitteilt, diejenigen Versorgungsberechtigten, die auf Grund des WVG. 1906 eine Rente von 10 Prozent beziehen, keine fortlaufenden Versorgungsgebühren mehr. Während nach dem WVG. 1906 schon eine Rente gewährt wurde, wenn die Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit 10 v. H. betrug, wird nach dem Reichsversorgungsgesetz nur dann Rente gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit mindestens um fünfzehn Prozent gemindert ist. In diesem Falle stehen nach dem Reichsversorgungsgesetz 20 Prozent Rente zu. Als 1. Januar 1921 haben solche Beschädigte, die bisher 10 Prozent Rente bezogen haben, oder die bei einer auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes bei der Umanerkennung vorgenommenen Unt. fuchung um weniger als 15 Prozent in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt anerkannt werden, keinen Anspruch mehr auf Rente. Als Entschädigung für den Fortfall ihres Versorgungsanspruches erhalten diese Kriegsbeschädigten eine Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages derjenigen Bezüge, die ihnen am 1. April 1920 zustanden. Die Abfindungssummen betragen: für Gemeine 1096,20 Mark, für Unteroffiziere 121,40 Mark, für Sergeanten 1171,50 Mark, für Feldwebel 1247,40 Mark, wobei die Versorgungsberechtigten bis jetzt Kriegszulage bezogen haben müssen. Stand keine Kriegszulage zu, so ermäßigt sich die Abfindungssumme entsprechend des auf die Kriegszulage entfallenden Betrages. Bei der Abfindung darf die ab 1. Mai 1920 auf die bis zum 31. 12. 20 noch monatlich zahlbaren Rentenbezüge gewährte Teuerungszulage von 30 Prozent nicht in Anrechnung gebracht werden. Wohl werden aber auf die Abfindungssumme diejenigen Bezüge angerechnet, die die Beschädigten seit dem 1. Januar 1921 ausbezahlt erhalten haben. Bei solchen Beschädigten, die als Beamte oder in der Eigenschaft eines Beamten im Zivildienst angestellt sind und von deren Rentenbezügen gemäß der Vorschrift des § 36 Nr. 3 des WVG. 1906 ein Teil ruht, werden nur diejenigen Beträge bei der Berechnung der Abfindung in Betracht gezogen, die den Beschädigten tatsächlich ausgezahlt worden sind. Für den ruhenden Rentenbetrag wird den Beamten eine Abfindung nicht gewährt.

Aleine Breslauer Nachrichten.

Ein ganzes Schwein gestohlen. In der Nacht zum 18. sind in der Markthalle 1, Ritterplatz 2 Kühhüllen erbrochen und ein ganzes Schwein geraubt worden. Vor einigen Tagen wurden 2 Fleischler als Diebe ermittelt und dingfest gemacht.

Im Flüchtlingslager bestohlen wurde am 19. eine Frau, die dort zu tun hatte, es wurde ihr eine Handtasche entwendet. In der sich 64 Mark bares Geld und eine Straßenbahnkarte befanden. Als Dieb ist ein Handlungsgehilfe ermittelt und dingfest gemacht worden.

Bermittelt wird seit dem 10. der 39 Jahre alte Kutcher Alexander Jachonek von Horn-Allee 27, etwa 1,73 m groß, blondes Haar, blaue Augen, blonden Bart hat und grauen Tadelanzug, schwarze Schnürschuhe und graue Strümpfe trug.

Die Valuta.

Es wurden zuletzt bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

1,67 amerikanische Dollar	9,25 Schweizer Franken
8,33 englische Schilling	654,45 österreichische Kronen
19,31 französische Franken	— polnische Mark
4,66 holländische Gulden	119,5: tschechoslowakische Kronen

Bereinskalender.

- Deutscher Transportarbeiter-Verband. Sektion 1: Bürodiener, Forder, Haushälter, Kraftwagenführer, Aufseher, Radfahrer und Vebetterinnen des Handelsgewerbes. Donnerstag, den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Brüder, Gebühlstraße 24, eine wichtige Mitgliederversammlung statt. (Näheres siehe Inserat.)
- S. P. D., Ortsgruppe Garkitz. Mittwoch, den 23. Mai, abends 8 Uhr, bei Sträpke Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Das Minimum. Die Regierungsbildung und Oberschlesien. Redner: Genosse Stawig. 2. Abschmung der Maifester. 3. Verschiedenes.
- Deutscher Legilarbeiter-Verband. Vertrauensleuteversammlung Dienstag, den 24. Mai, abends 8 Uhr, im Saal 3. Zutritt haben nur diejenigen Mitglieder, die im Besitz der blauen Ausweislarke sind. Zu dieser Vertrauensleuteversammlung haben, wie wir an dieser Stelle, entgegen der gelrigen Vereinskalendernotiz nochmals bemerken, nur Vertrauensleute des Legilarbeiter-Verbandes Zutritt.
- Deutsches Eisenbahner-Verband. Donnerstag, den 26. Mai, 1921, abends 7 1/2 Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Vollversammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute des D. E. B. statt.
- Freitag, den 27. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses eine Versammlung der Beamtengruppe des D. E. B. statt. Tagesordnung sehr wichtig. Ausweise mitbringen. Die Ortsverwaltung. I. H.: A. Großmann.
- Abend, Sonntag! Delegierte und Funktionäre aller Sportsvereine. Donnerstag, den 26. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Schmidt, Margaretenstraße 2, liegt wichtige Versammlung vor dem „Kaff“. Spätestens möglich und pünktlich.

Ein die Teilnehmer unseres Besonderen Besprechungs!

Die betonnen (betonen) wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen uns, eine neue Besprechungsform in der Form vorzunehmen, daß wir die Besprechungsbesprechungs vom 1. Juni an, an uns

1921 13 mal wöchentlich

abnehmen lassen. Der Platz für die Besprechungsbesprechungs

Bitte bei Besprechungs!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Mai.

Sozialdemokratischer Verein.

Achtung! Jungsozialisten! Heute abend 8 Uhr im ...

Diktat 23. Mai über Einkommensteuer wird Mittwoch, den 25. Mai, abends ...

Helft den Oberschleslern!

Durch die polnische Aufstandsbewegung ist große Not und ungetrübtes Elend über unsere ober-schlesischen Arbeitsbrüder gebracht worden.

Sammlung

die Mittel aufbringen, um schnell der allergrößten Not zu steuern.

Wir wenden uns nun an die gesamte Bevölkerung Breslaus, die Sammlung mit unterstützen zu helfen.

Vor allem appellieren wir an die organisierte Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenchaft sofort Sammellisten anzufordern und überall zu sammeln.

Bewusst alle, die Ihr bisher nicht mehr für unsere ober-schlesischen Brüder tun konnten, daß Ihr helfen wollt. Brecht den letzten Bissen Brot mit unsern so viel Leid ertragenden Oberschleslern. Gebt schnell und reichlich.

Hoch die Solidarität!

Sammelstellen haben alle Vertrauensleute der Gewerkschaften, ebenso können solche im Zimmer 44 und 36 des Gewerkschaftshauses abgefordert werden.

Spenden nehmen auch alle Büros der Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei, sowie die Geschäftsstelle der „Volkswacht“ entgegen. Auch in allen Lägern des Konsumvereins Vorwärts liegen Sammelstellen aus.

Allgemeiner deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsauschuß Breslau.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

1. Verbandstag schlesischer Konsumvereine.

(Schluß.)

Warenverteilung durch Werkkonsumvereine, Betriebsräte und Gewerkschaften.

Der Berichterstatter, Redakteur Kasch, führte u. a. aus, daß es sich bei diesem Warenhandel um eine der unerfreulichsten Folgen der Zwangswirtschaft handelt, wodurch die Genossenschaften schwer geschädigt wurden.

In der regen Aussprache wandten sich die Redner mit großer Schärfe gegen den Warenhandel der Betriebsräte, Gewerkschaften und Werkkonsumvereine.

Der Antrag des Vereins Cassen, mit allen Mitteln dahin zu streben, daß der Bezug von Waren durch Gewerkschaften, sonstige Personen und Vereinen auch der Umschlagsteuer zu unterwerfen sei,

wird auf Anregung von Kasch-Hamburg dem Zentral-Vorstand zur Prüfung übermitten.

Den Bericht über die Kasch-Revision gab Oswald-Görlich. Es ist alles in bester Ordnung besunden worden und er beantragte Entlastung des Verband-Sekretärs.

Der Voranschlag für 1921 in Einnahme und Ausgabe mit 78 454 Mark wurde nach dem Antrage des Berichterstatters, Verbands-Sekretärs Hübnert, genehmigt und zwar mit der Maßgabe, daß die 600 Mark für Bekleidung des Genossenschaftstages nicht auf 6, sondern auf 3 Vereine (Wanglau, Freystadt und Glogau) gleichmäßig verteilt werden.

In den Vorstand des schlesischen Verbandes wurde Hesse-Sommerfeld wiedergewählt; in den Aufsichtsrat wird neugewählt Unger-Görlich und Hoffmann-Breslau wiedergewählt.

Als Tagungsort des nächsten Verbandstages wird Görlich bestimmt.

In seiner Schlussrede dankte der Vorsitzende der Vertreter den Breslauer für ihre freundliche Aufnahme und den Gästen für die Teilnahme, ebenso den Vereinen für die starke Bekleidung.

Schluß des Verbandstages 12 1/2 Uhr nachmittags.

Menzelschule und Stadtgraben-Kaserne.

Am Sonnabend druckten wir eine Zuschrift vom Versorgungs-Krankenhause, Abteilung Menzelschule, ab, worin der Vorstoß gemacht wurde, die Menzel- und Pestalozzischule im Umkreis gegen die Stadtgraben-Kaserne zu räumen.

„Wenn diese Anregung ernst gemeint sein sollte, so wird der Herr Oberarzt wohl auch die andere, durchaus ernsthafte Frage beantworten können, wie der notwendige Wohnraum für die in der Stadtgraben-Kaserne lebenden 90 Familien beschafft werden soll.“

„Oder ist etwa daran gedacht, die beiden Seitenflügel frei zu machen? Die befinden sich nach wie vor in Benutzung durch eine Reihe von Familien und nur der Mittelbau ist seinerzeit zu Wohnzwecken freigegeben worden.“

Niederschlesischer Mietertag.

Am 21. und 22. Mai fand im „Artisusgarten“ in Breslau der II. Niederschlesische Mietertag statt, zu dem 68 Drei Vertreter entsandt hatten.

Zu der Tagung am Sonntag waren Vertreter der Behörden, der Gewerkschaften, Abgeordnete der Parlamente und Stadträte erschienen.

Die Besprechungen fordern als Vertreter der organisierten Mieter Niederschlesiens im Gegenatz zu dem außerordentlichen Verbandstag des Zentralverbandes deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, I. die unbedingte Schaffung eines Reichsmietengesetzes nach dem in der Denkschrift des Bundes deutscher Mietervereine (Stk Dresden) niedergelegten Entwurf.

- 1. Das Reichsmietengesetz darf nicht als Kolonialgesetz angesehen werden, sondern muß die dauernde Regelung der Mieten festlegen. 2. Grundsätzlich soll die gesetzliche Miete maßgebend sein. 3. Für die Berechnung und Festlegung der gesetzlichen Miete muß der 1. Juli 1914 maßgebend bleiben mit der Einschränkung, daß außergewöhnliche Härten durch das Mietseingangsamt gemildert werden können. 4. Die gesetzliche Miete muß gegliedert werden in a) Grundmiete (Verzinsung des im Hause angelegten fremden und eigenen Kapitals bis zu 5 v. H. für das Eigenkapital und Ausschluß der Tilgungskosten, b) Betriebskosten, c) Instandhaltungskosten. 5. Der Nachweis über die Verwendung der Zuschläge ist dem Mieterauschuß gegenüber zu führen. 6. Ohne die Zustimmung von Mieterauschüssen mit gesetzlicher Befugnisse ist der Entwurf des Reichsmietengesetzes für die deutsche Mieterschaft unannehmbar. 7. Auf die Einführung des vorgelegten Mieterseingangsamtes kann die Mieterschaft mit Rücksicht auf dessen erheblichen Wert nicht verzichten. 8. Die Ablehnung der Mietssteuer und die Heranziehung des Einkommens eines jeden Deutschen zur Aufbringung der Mittel für Wohnungsbauten. 9. Die Ablehnung des Antrages in der preussischen Landesversammlung auf Aufhebung der preussischen Höchstmietensatzung, solange ein Reichsmietengesetz noch nicht in Kraft ist.

Am einen Vortrag des Volkshullehrers Rudolf Schmidt in Breslau, Kettung aus Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, schloß sich eine längere Aussprache, die in folgender Entschiedenheit ausging:

„Der schlesische Mietertag begrüßt das Entziehen des Unternehmens der lokalen Behörden und ist gewillt,

dem Unternehmen die nötige Unterstützung angedeihen zu lassen. Es wird für dringend notwendig erachtet, daß die Vertreter der Mieterschaft in den Gemeindevertretungen und Stadtparlamenten dafür eintreten, daß bei Vergabe von Arbeiten zu allererst die Bauhütten berücksichtigt werden, denn es ist erwiesen, daß in Orien, wo Bauhütten bestehen, die Unternehmergewinne um 30 bis 60 Prozent gesunken sind.“

Genosse Benter betonte in der Aussprache, daß sich alle gleichstrebenden Verbände festzulammen schließen mögen zu einem Schutzbund der arbeitenden Kopf- und Handarbeiters. Die umfangreiche Tagung und die Menge der erledigten Fragen ließen erkennen, wie segensreich der Zusammenstoß der Mieter gewesen ist.

Schwerste Regennot in Breslau.

Zum Streik im Waldenburger Grubenrevier (siehe Nachrichten aus der Provinz) schreibt das Preisamt des Magistrats: Daß ein Ausbruch der Waldenburger Bergarbeiter, sollten die sofort aufgenommenen Verhandlungen nicht doch noch zum Ziele führen, und dadurch die allgemeine Arbeitseinstellung verhindert werden, die durch die ober-schlesischen Wirren ohnehin schwer gefährdete Kohlenversorgung Breslaus von den allerschwersten Folgen begleitet sein müßte, liegt auf der Hand.

Es wird sich dann nicht mehr umgehen lassen, die bereits eingetretenen Einschränkungen zu verschärfen und sie insbesondere auch auf die Abgabe von gewerblichem Strom und auf die bisher verschont gebliebenen Straßenbahnen auszuweiten. Die städtische Betriebsdeputation die am Montag abend über die Lage beriet, kam zu dem Entschluß, dem Magistrat für den äußersten Fall zu empfehlen, durch den Vorfall der E-Wagen und der Linten 3 und 16 sowie durch andere Notmaßnahmen eine 30prozentige Stromerparnis bei der Straßenbahn einzutreten zu lassen, den Großabnehmern mit eigenem Strom die Lieferung des städtischen Stromes ganz den übrigen etwa zur Hälfte zu entziehen, die Abgabe von Gleichstrom für drei Tage in der Woche völlig einzustellen, eine Verminderung des Gasdruckes nicht nur während der Sperrstunden sondern auch in der freien Zeit anzuordnen und endlich bei den städtischen Stellen für eine Früherlegung der Polizeistunde auf 9 Uhr abends einzutreten.

Letzter Abend des Bildungsausgleiches.

Witz-Abend (Volk- und Kinderlieder).

Der letzte Mittwoch-Abend bringt schöne Volks- und Kinderlieder, gelungen von unserem beliebten Sängerpaar Karl und Martha Wirus, das von Heinrich Hübner am Flügel begleitet wird. Es ist also eine echt volkstümliche, musikalische Veranstaltung, mit der das Programm des letzten Winters zum Abschluß gebracht wird.

Beilagezeitung „Das Breslauer Orchestralblatt“.

Das Breslauer Orchestralblatt, die schlesische Tagespost, ist gestern vom Polizeipräsidenten wegen eines Artikels „Mehr Freiwillige für Oberschlesien“ beschlagnahmt worden.

Die „Schles. Tagespost“ ist dasjenige Blatt, welches die Schuld an der Lage Oberschlesiens mit lächerlichen Schimpferien der Reichsregierung zumäßen will. Diese gefällt ihr solange nicht, als sie nicht den französischen Generalen und Diplomaten den Gefallen tut, einen irisch-iridischen Krieg mit Polen und Frankreich zu beginnen.

Die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil der hiesigen 6. Strafkammer, gegen den Staatsanwaltschaftsrat Dr. Rhode und Genossen, Revision beim Reichsgericht angemeldet.

Die Schauburg bietet ein ganz ausgezeichnetes Programm. Die sieben Damen des Karida-Balletts führen Variationen und Schönschönheiten von eindrucksvoller Wirkung vor.

Zur Steuererklärung. Wir machen unsere Leser nochmals darauf aufmerksam, daß die Steuererklärungen bis spätestens zum 31. Mai abgegeben sein müssen.

Bertha Sommer, die 14jährige Soubrette eines anderen Stadttheaters, gab ihren eintägigen Mitschülerinnen Sonnabend nachmittag im Saal von Wollin, einige Proben ihrer schönen Kunst.

Wahlzettel gefälscht. Aus einer Werkstatt in Ariefern sind in der Nacht zum 18. d. Mts. zwei Karmelebrüder (7,40 + 0,8 und 5,25 + 0,5) und ein Bestatter (5,30 + 0,8) und auch verschiedene Handwerkzeuge gefälscht worden.

Wahlzettel gefälscht. Am 17. d. Mts. abends, ein Schneider aus einer Sackwarenhandlung auf der Friedrich-Wilhelm-Straße nach Hause ging, gefolgt von ihm ein junger Mann, der ihn bis zu seiner Tür begleitete.

Auf dem Spielplatz beschossen. Auf dem Spielplatz des Turnvereins „Vorwärts“ ist am 18. d. Mts. während des Spiels aus einem Jafettarag, der an einem Pfahl hing, eine Kanarische hebräerische Briefstange, die 235 Mark und eine Urkunde für Otto Hoffmann enthielt, gestohlen worden.

Ein Mann verbrannt. Im Krankenhaus „Bethesda“ verbrannte am 18. d. Mts. der 44 Jahre alte Knabe Horst Ulrich von Palmstraße 4, der einige Tage vorher dort eingekerkert wurde, da er in ein Gefäß mit heißen Wasser getürzt war.

